

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verleger: Dr. H. G. Rade, Dresden, Neumarkt 10. Preis: 10 Pf. (Einzelnummer 10 Pf.)  
Schickung: Wetzlarer Platz 10, Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Kompositorenzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,30 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Belegüberlegung 10 Pf.

Nr. 57 Dresden, Dienstag den 9. März 1926 37. Jahrg.

## Die bayerischen Fürstentumsknechte

Unser Münchener Mitarbeiter schreibt uns:  
Die bayerische Regierung hat gesprochen. Nicht, wie es anderswo zu erwarten wäre, in einem sachlich gehaltenen Placat auf den Vollzug einer verfassungsmäßig umgrenzten Einziehung, sondern im Sinne der Ablehnung und Warnung vor der Einziehung in die aufgeregten Listen. Mit einer Gier, die noch nie bei einer vom Reich ausgehenden Kundgebung zu beobachten war, stürzte sich die Regierung auf die rein sachliche Beurteilung der Reichsregierung, daß ihr Standpunkt in der Frage der Fürstentumsknechte ein anderer sei, als ihn das Volksbegehren annimmt. Das war Wasser auf die Mühlen der bayerischen Reaktion! In ihrem Auftrage begnügt sich die Regierung Geld nicht damit, darauf hinzuweisen, daß sich der amtliche Verlautbarungssapparat weder offen noch verdeckt an dem Volksbegehren beteiligen darf (das ist nur gestattet, wenn es sich um die Verhinderung republikanischer Kundgebungen oder um Begünstigungen reichsfeindlicher und monarchischer Bestrebungen handelt), sie winkt auch mit dem amtlichen Zwangsverfügung: wer den ablehnenden Standpunkt der Regierung teilt und demgemäß das Volksbegehren ablehnen will, sich in den Listen nicht einzutragen darf. Damit die Regierung die verfassungsmäßig verbürgten Rechte der beamteten Staatsbürger mit einem Federstrich beseitigt.

Katürlich wird in dem Auftrage absichtlich aus durchsichtigen Gründen verschwiegen, um was es sich eigentlich handelt. Das besorgen die famosen, vom Zentralbureau im Landtage am Leihende gehaltenen Gazetten der Bayerischen Volkspartei. Meist im Lügen und durch lange Leugnung mit allen Krüften der Volkerverdummung vertraut, dürfen sie es wagen, ihren politischen Analysen die unglücklichsten Dinge aufzutischen. So unter anderem behaupten, daß der eigentliche Sinn des Volksbegehrens in der Abschaffung des Eigentums und der Durchsetzung des sozialistischen Staates besteht! Das Allergeringste ist für den Verleumdungs- und Volksverleumdungsblätter gewiss zu gering.  
Die Sucht, sich den ehemaligen Fürstentumsknechten und natürlich in erster Linie den geliebten Wittelsbachern untertanig zu empfehlen führt zur Fortsetzung der im Schulunterricht fundierten Geschichtsfälschungen über die „Reichsliste“ des „angestammten“ Königshauses. Wie sollte auch das Volk — wenn nicht durch die sozialdemokratische Propaganda — erfahren, daß es seit alten Zeiten immer nur das Objekt der Ausbeutung durch seine Herzöge, Kurfürsten und Könige war, deren Enteignungsverfahren, im Gegensatz zu dem heutigen Verfahren der Revolution von 1918, selbst von bürgerlichen Historikern schon hervorgehoben wird. Gerade in Bayern vollzogen sich die förmlichen Enteignungen anderer in der Form der „Säkularisation“ der Kirchengüter seit Jahrhunderten in brutalster Weise. Schon Herzog Arnulf (907-937) „säkularisierte“ 52 Klöster zur Erfüllung seines Ehrgeizes; im Österreichischen Erbfolgekrieg regte Karl VI. im Jahre 1743 den Plan an zur Herbeiführung des Friedens durch entschädigungslosen Raub die Bistümer Salzburg, Freising, Passau, Regensburg Würzburg und

Bamberg zu „säkularisieren“. Das Hauptgeschick des Diebstahls deutscher Fürsten vollzog sich in den Jahren 1798 bis 1803. „In Paris begann ein Handel“, sagt der bürgerliche Historiker Berk. „mit Bistümern, Äbteien und freien Reichsstädten, wobei die tüchtigen Bewerber vor dem ersten Anlauf mit goldbeladenen Säcken erschienen und vor Talleyrand's Wirtstische um die Beute krochen. Und von diesen deutschen Fürsten berichtet der gleichfalls bürgerliche Historiker Verghaus:

„Voll Ehrgeiz, Neid, Schmeichelei und Habguth teilten sie sich an und suchten sich gegenseitig zu überbieten. Das deutsche Volk wurde dabei nicht zu Rate gezogen. Von ihm war nicht anders die Rede als von einer Sache; man verhandelte die Menschen wie eine Ware.“  
Dabei sind noch den Zeitstellungen nicht byzantinischer Geschichtsschreiber nirgends so viele Fribolitäten und Knochheiten vorgekommen wie in dem Staate der geliebten Wittelsbacher. Die Ironie der Geschichte aber leitet sich dieses: in der den Kaufmann gegen die Kirchenfürsten leitenden „Königskaufkommission“ saßen die Vorfahren des Fürstentumsknechts Graf Arco und des Kaiserlich-Preussischen Staatsraths Graf von Helldorf, beide treue Söhne der katholischen Kirche und entschiedene Gegner des Volksbegehrens, das einen neuen Aufbau der Fürsten verhindern will. Beide unterlagen dem Volke die historische Tatsache, daß auch das „Privatvermögen“ der Wittelsbacher aus dem Raube am Volke und den Kirchengütern stammt, und sie handelten hohelaut im Sinne des Auftrages der Regierung, dieses verdeckte Attentat auf ein verfassungsmäßiges Volksrecht. Das Volk muß darauf die Antwort geben!

## Beschlagnahme... Justiz gegen Volksbegehren!

D. Auf Anforderung der Münchener Staatsanwaltschaft sind in den Räumen der Bida in Berlin 30 000 Exemplare einer kommunistischen Agitationsbrochüre für das Volksbegehren beschlagnahmt worden, weil diese Broschüre eine Aufforderung zur Ermordung der Fürsten (S) enthalte. Gemeint ist offenbar folgende Stelle:

„Für uns Kommunisten handelt es sich um das revolutionäre Recht. Das französische Volk schied in der großen Revolution seine Feinde auf das Schafot. Es nahm ihnen ihren Besitz und es nahm allen Besitz den Rebellen gegen die Revolution, den Spekulanten, die die Rot des Volkes ausbeuteten, und allen Feinden des Volkes. 1848 ergannen die Pariser Arbeiter, daß die Zivilisten sofort von der Revolutionsregierung beschlagnahmt und zur Unterdrückung der Arbeitslosen verbannt wurde. Das sollen unsere Vorbilder sein. Auch von Bismarck soll das deutsche Volk lernen, der im Jahre 1866 den entthronten Fürsten das Vermögen weg nahm, um ihnen die Munition im Kampfe gegen die Revolution von oben zu nehmen und aus den Resten selber ein politisches Kampfmittel zu machen.“  
Das soll eine Aufforderung zur Ermordung der Fürsten sein?

der sozialistischen Regierung ein infernalisches Kesseltreiben eingefügt, dem er jetzt mit Hilfe der Stahlhelmregierung und der Justiz zum Opfer gefallen ist. In dem wegen elenden Quarks geführten Prozeß beantragte der Staatsanwalt demonstrativ eine Gefängnisstrafe von acht Monaten wegen „amtlicher Unterschlagung und Betrugs“. Nach den Plädoyers der Verteidiger, die Freisprechung beantragten, und nach fast dreistündiger Urteilsberatung befandete das Gericht eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen „Betrugs und amtlicher Unterschlagung“ und auf Anerkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren.

Die Anklage mühte in mehreren Punkten fallengelassen werden, aber die zweimalige Verurteilung des amtlichen Telephons zu angeblichen Privatgesprächen wurde „als Betrug“ angesehen (aber es handelte sich um Gespräche mit der Theaterleitung). Die Entnahme einiger Probestulbücher aus dem Landesamt wurde als „Unterschlagung“ angesehen, obwohl die Bücher allen Beamten des Amtes offenstehend und alle sich Bücher geliehen hatten. Die Urteilsbegründung war in einem äußerst beleidigenden Ton gehalten. Man sprach dem Angeklagten Feingefühl, Takt und Wahrheitsliebe ab, während man dem Kronzeugen Köhler, der früher aus dem Lehrerausschuss ausgeschieden war und sich dann in Witbrüfen bei Stölzel um Anstellung beworben hatte und nach Aufnahme im Landesamt die systematische Verpöhlung Stölzels übernommen hatte, die volle Glaubwürdigkeit zuerkannte.

Daß politische Motive beim Urteil maßgebend gewesen seien, wurde selbstverständlich bestritten, aber die Verurteilung wird zweifellos dieses Urteil als politisches Racheakt betrachtet. Die Justiz treibt heute das Spiel der politischen Motive. Das Volk wird ihr bald einmal das Urteil sprechen müssen!

## Preise und Zölle Nemnisse der Krisenüberwindung

Von Tony Sender  
Die Folgen der schweren Wirtschafts- und Deflationskrisen lassen so ungeheuer schwer auf den breiten Massen des deutschen Volkes, daß man alle Ursache hat, nachzudenken, wie sich die Geschäftsgebarung der Industrie sowohl wie die Wirtschaftspolitik der Reichsstellen verhalten, um die Dauer der Krise nach Möglichkeit abzukürzen, um so bald als möglich diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zu ihrer Überwindung unerlässlich sind.

Die lange Zeit der Inflation hatte in Deutschland jegliche gewissenhafte Methode der Selbstkosten- und Preisberechnung zerstört gemacht. Aber auch die Zeit der Stabilisierung brachte uns nicht normale Kalkulationsmethoden zurück, noch immer wurden unüberdrossen weiter erhebliche Kalkulationsprobleme berechnet; die Tatsache der Kreditknappheit erzeugte hohe Kreditkosten und verursachte darüber hinaus einen erheblichen Zinsenschlag in den Preisberechnungen. Da für das gesamte Preisniveau einer Volkswirtschaft bestimmend sind die Preise für die wichtigsten Erzeugnisse, so mußte einmal die Frage nach dem Stand des deutschen Rohstoffpreises aufgeworfen. Der deutsche Bergbau hat eine Herabsetzung seiner Preise unter Hinweis auf seine Erzeugerkosten unterlassen. Die Folge war eine erzwungene Zurückhaltung der Verbraucher, um so mehr, als auf dem Weltmarkt eine Abwärtsbewegung als Ausdruck der internationalen Kohlenkrise eingetreten war. Und der Bergbau selbst erzielte keinerlei Erfolg dieser Preispolitik. Waren doch die Bestände Ende des letzten Jahres bei Steinkohle im Ruhrgebiet fast auf die Menge einer Monatsförderung angewachsen, bei Steinsalz nahezu einer doppelten Monatsförderung. Man unternahm Versuche zur Liquidierung der Lager, indem man versuchte, nach dem Ausland unter Inlandpreis zu verkaufen. Nicht nur hatte dies zur Folge, daß Frankreich und Belgien sich gegen die Einfuhr deutscher Kohle auf andern Wegen als dem der Reparation zu schütten suchten, sondern es wurde vor allem dadurch der deutsche Kohlenverbraucher ungünstiger gestellt als sein ausländischer Konkurrent, der je deutsche Kohle zu billigerem Preise erwerben konnte.

Allerdings der englische Kohlenbergbau erzielt staatliche Subventionen. Aber prüfen wir auch einmal, ob es wirklich die staatliche Kohlenkonvention ist, die den niedrigeren Stand der englischen Kohlenpreise verursacht. Ein Vergleich zwischen den deutschen und den ausländischen Kohlenpreisen zeigt: Zettelförderer ist in Deutschland 8 Pfennig billiger als im Oktober 1924, englische Zettelförderer ist bis Mitte des Jahres 1925 um 8 Mark billiger geworden und erst später unter dem Einfluss der Konvention um noch eine weitere Mark. Die hauptsächlichste Preisherabsetzung für englische Kohle war also bereits vor dem Einfluss der staatlichen Zuschüsse erfolgt.

Deutscher Giebereifoks ist zur Zeit 2 M. billiger als im Oktober des Jahres 1924, englischer Giebereifoks dagegen war bereits vor Bewährung der Regierungssubsidie 4 M. billiger als Ende 1924 und ist nach der Subvention um 7 M. billiger geworden. So gelang es dem deutschen Bergbau dank seinem festen Zusammenstande, seine Preise unabhängig vom Weltmarkt zu bilden und sie dadurch in einer für die verarbeitende Industrie Deutschlands verderblichen Höhe zu halten.

Das trat zunächst bei dem wichtigsten Rohstoff für die Erzeugung ein. In volkswirtschaftlicher Bedeutung folgt der Kohle unmittelbar das Eisen. Hier hat das Zusammenwirken von Zoll und Kartell förmlich Unabhängigkeit vom Weltmarkt geschaffen. Immer wieder hatten wir vor Verabschiedung des neuen Zolltarifs darauf verwiesen, wie der Eisenzoll ja geradezu treibhausartig das Entstehen von Kartellen und ähnlichen Zusammenschlüssen fördern müsse. Das ist demnach auch prompt eingetreten, als es sich die größten Bestimmungen vorkalkulierten. Seit Verabschiedung des Zolltarifs haben sich rasch der bereits 1924 gegründeten Rohstahlgemeinschaft die weiteren Kartelle zur Seite gestellt, so daß tatsächlich heute mit Ausnahme der Feinblechwalzwerke vom Koblen bis zum Fertigieren alles restlos in Kartellen zusammengeschlossen ist. Darf es da wundern, daß alsbald nach dieser Zusammenschlußbewegung die im Juli am Eisenmarkt erfolgten Preisherabsetzungen wieder rückgängig gemacht wurden?

Demgegenüber hat die englische Eisenindustrie im vergangenen Jahre eine Preisherabsetzung um 15 Prozent vorgenommen und dadurch eine Wiederbelebung des Geschäfts bewirkt. Durch die Entwertung des französischen Franken rief die Konkurrenz der französischen Eisenindustrie eine weitere Preisherabsetzung in England hervor und dieser ganzen Preisbewegung auf dem Weltmarkt konnte sich die deutsche Schwerindustrie entziehen, weil sie ja die Waife hohen Zollschutzes in die Hand bekommen hat. Wie soll bei solch harter Preisbildung die deutsche Wirtschaft sich aus der schweren Krise emporarbeiten und sich auf dem Weltmarkt behaupten können?

Niemals jedoch hätte sich ein so vollkommenes Zusammenhängen in der Eisenindustrie vollziehen, niemals diese Unabhängigkeit vom Weltmarkt erreicht werden können, wäre nicht im Zoll dafür die Voraussetzung geschaffen worden. Darum machen wir das Kabinett Luther und

## Die steigende Flut

Aus den jetzt vorliegenden Ziffern der Einkreisungslisten zum Volksbegehren ist ersichtlich, daß der erste Märzsonntag einen starken Aufschwung der Bewegung gebracht hat. In den Städten und auf dem Lande — überall hat der Sonntag die Ziffern auf die doppelte und dreifache Höhe der vorherigen Durchschnittsrechnungen jedes Wochentages gebracht. In Berlin wurden am Sonntag über 160 000 Unterschriften vollzogen, in den ersten vier Tagen des Volksbegehrens zusammen über 300 000. In Thüringen, wo die Bevölkerung von 1 1/2 Millionen von nicht weniger als 150 000 Fürsten ausgeplündert werden soll, zeigte sich die Entwertung der Bevölkerung selbst in den bäuerlichen Ortschaften durch einen starken Ansturm auf die Einzeichnungslisten. In Zentrumsgebieten hat sich herausgestellt, daß die christlichen Arbeiter trotz der Kundgebung der Zentrumsaktion sich für das Volksbegehren entschieden. Wir geben hier einige weitere der vorliegenden Ziffern aus den verschiedenen Orten: Bremen schloß am Sonntag mit mehr als 20 000 Stimmen ab; Essen 20 000, Königsberg 20 000, Frankfurt a. M. 20 000, Weizsäcker 28 000, Chemnitz 16 000, Dresden 16 500.

Das Dresdner Resultat steht bis jetzt hinter allen anderen Großstädte zurück. Es gilt also für unsere Amtshauptmannschaft, im Laufe dieser Woche die Säumigen aufzumuntern, damit auch bei dieser Volksbewegung der Dresdener Bezirk sich neben den übrigen sehen kann!

## Stahlhelmsjustiz

Aus Braunschweig wird uns berichtet:  
In Braunschweig spielte sich seit Tagen das übliche Justizdrama ab: die Verfolgung eines sozialdemokratischen Beamten. Gegen den ehemaligen sozialdemokratischen Landesrats Dr. Stölzel hat seit der Niederlage